

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



4 / 2013

Vom lebendigen Geist der DDR

Die frühere Bürgerrechtlerin Freya Klier provoziert mit ihren Thesen zur Realität der Deutschen Einheit



Im Herbst 2012 erhielt Freya Klier vom Bundespräsidenten Joachim Gauck das Bundesverdienstkreuz. Ein Jahr später sprach sie in der Akademie zum Tag der Deutschen Einheit (siehe Seite 13) Foto: Bundesregierung/Breloer

Wachstum – aber wie?

Mittlerweile ist (fast) allen Ökonomen klar: Höhe und Verlauf des Bruttoinlandsprodukts alleine reichen nicht aus, um den Wohlstand zu bestimmen. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität wurde nur wenige Tage vor unserer Konferenz veröffentlicht. Einige Mitglieder der Kommission konnten als Referenten gewonnen werden. Das Münchener ifo-Institut war Kooperationspartner der Tagung. Es sollte geklärt werden, was Wachstum für Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet. Oder provokativer formuliert: „Wachsen wir uns zu Tode?“ Zerstört am Ende das Wachstum der Wirtschaft unsere Lebensgrundlagen?

Siehe Seite 3

Im Klassenzimmer der Natur

Die Verbindung von Natur, Bildung und Politik erkundete ein Exkursionsseminar im Nationalpark Berchtesgaden. Rund 20 Lehrkräfte aller Schularten und Fächer machten sich auf in die Berge, um vor Ort und am eigenen Leib zu erfahren, welche Wechselwirkungen zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur bestehen. Auf dem Blaueisgletscher (rechts) – oder besser: was davon noch übrig ist – wird der Klimawandel auf rund 1900 Metern Höhe unmittelbar erfahrbar. Die Erwärmung der vergangenen 100 Jahre hat den nördlichsten Gletscher der Alpen zu einem kleinen Eisfeld abgeschmolzen. Auf dem Weg in die Höhe sammelte die Gruppe Daten zum Wetter und übte die Orientierung im Gelände.

Siehe Seite 9



Foto: Hindemitt

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Wachsen wir uns zu Tode?	3
Politik mit leichter Sprache besser verstehen	6
Die EU zwischen Solidarität und nationalen Interessen	7
Lernen im Klassenzimmer der Natur	9
Politische Prozesse spielerisch erfahren	11
Geschichtsunterricht im Zeichen der Globalisierung	12
Erlesene Fundstücke mit Dirk Heißerer	12
Über den lebendigen Geist der DDR	13
Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus in der DDR und der Sowjetunion	14
Wissenschaftler und Quellen zusammenbringen	15
Gesellschaften im Umbruch: Frauen in Nordafrika	16
Neubesetzung des Beirats der Akademie	17
Kritische Experten oder Wichtigtuer?	18
Pressespiegel	19
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	20
Themen – Tagungen – Termine	21
Namen und Nachrichten	24

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

N.N.

Vorsitzender des Beirats:

N.N.

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Ondrej Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.
Pers. Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Wachsen wir uns zu Tode?

Über die Zusammenhänge von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität

Wie lässt sich der Wohlstand einer Gesellschaft messen? An vollen Kaufhäusern oder belebten Einkaufsstraßen? Höhe und Verlauf des Bruttoinlandsprodukts alleine reichen jedenfalls nicht aus, um den Wohlstand zu bestimmen. Zerstört am Ende das Wachstum der Wirtschaft unsere Lebensgrundlagen? Diesen Fragen widmete sich die Tagung „Wohlstand

und Wachstum“. Anlass war der Abschlussbericht der Enquête-Kommission zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität, die der Deutsche Bundestag Anfang 2011 eingerichtet hatte. Ihr Abschlussbericht wurde nur wenige Tage vor unserer Konferenz veröffentlicht. Einige der Referenten konnten als Mitglieder der Kommission ihre Kenntnisse einbringen. Dazu gehörte auch Kai Cars-

tensen, Leiter der Konjunkturabteilung des Münchner ifo-Instituts. Als Kooperationspartner der Tagung wies er darauf hin, dass Klimawandel und Wirtschaftskrise der Auslöser für die Einrichtung der Kommission waren. Es sollte geklärt werden, was Wachstum für Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet. Oder provokativer formuliert: „Wachsen wir uns zu Tode?“

Um eine Antwort war Karl-Heinz Paqué von der Universität Magdeburg nicht verlegen. Er war von 2002 bis 2006 FDP-Finanzminister in Sachsen-Anhalt: Sein Credo: „Wachstum spielt in der Weltwirtschaft eine enorme Rolle, um den Wohlstand anzuheben.“ Wirtschaftswachstum habe in den letzten Jahrzehnten nicht nur das Einkommensniveau vor allem in Schwellenländern deutlich erhöht, sondern auch die Armut weltweit reduziert. In seinem Plädoyer verwies der liberale Wirtschaftsprofessor darauf, dass Wachstum auch für Industrieländer existentiell wichtig sei, um ihre weltwirtschaftliche Position zu halten.

„Wachstumsverzicht funktioniert nicht, wenn der Rest der Welt sich nicht daran hält.“ In einer mobilen Welt, so warnte Paqué weiter, verliere die Gesellschaft dann ihre Leistungs-

träger. Vor allem in Deutschland gebe es einen engen Zusammenhang zwischen der Zunahme des marktfähigen Wissens und Wachstum. Erst Innovationen steigerten die Produktivität pro Erwerbstätigen und erst dann entste-



Karl-Heinz Paqué: „Wirtschaftswachstum hat die Armut weltweit reduziert“



Gert Wagner: „Wachstum ist kein Wert an sich“
Fotos: Zerbel

nannten Rebound-Effekte. Demnach führe steigende Effizienz sogar zu erhöhtem Gesamtverbrauch. Ein Beispiel: die Möglichkeit verbrauchsärmere Autos herzustellen, veranlasste manche Hersteller zur Konstruktion von Kraftstoff fressenden Wagen.

Gert Wagner vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin kann im Wachstum keinen Wert an sich erkennen. „Die zentrale Frage ist doch vielmehr: Wie lassen sich privater Eigennutz und ökologische Nachhaltigkeitsziele am besten unter einen Hut bringen?“ Eine Frage, die so ähnlich auch den „Club of Rome“ vor 40 Jahren umtrieb: In ihrem Bericht „Grenzen des Wachstums“ waren die Experten damals zu dem Schluss gekommen: Die Lebensweise industrialisierter Gesellschaften sei langfristig nicht tragbar.

Welche statistischen Indikatoren erlauben nun heutzutage, den Wohlstand einer Gesellschaft zu bestimmen? In seinem Vortrag erläuterte Wagner neun von der Enquête-Kommission

Die Mehrzahl der auf der Tagung gehaltenen Vorträge sind auch im ifo-Schnelldienst Nr. 15, 2013 am 14. August 2013 veröffentlicht worden.

Der Abschlußbericht der Enquête-Kommission findet sich unter:
<http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/>

entwickelte Kennziffern, die das BIP künftig ergänzen sollen: Öffentliche Verschuldung, Einkommensverteilung, Arbeitslosenquote, durchschnittliche Lebenserwartung, Zahl der qualifizierten Schulabschlüsse, ordentliches Staatswesen, Verringerung des Kohlendioxidausstoßes und des Stickstoffüberschusses sowie die Erhaltung der Artenvielfalt.

Neue Kennziffern

Diese Indikatoren werden drei übergeordneten Zielen zugeordnet, dem wirtschaftlichen Wohlstand, der sozialen Teilhabe und der ökologischen Nachhaltigkeit. „Diese Indikatoren sollte die Bundesregierung ernst nehmen und dazu Stellung beziehen“, forderte Wagner abschließend.

Kai Carstensen wies in der anschließenden Diskussion darauf hin, dass es als politischer Erfolg zu bewerten sei, dass der Bundestag gleich nach Abgabe des Berichts einen Entschließungsantrag verabschiedet habe. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die „Wirtschaftsweisen“) in der ersten Hälfte der jeweiligen Legislaturperiode zu beauftragen, die Entwicklung des Indikatorensets in einem konsistenten Bericht zu bewerten.

Wachstum macht glücklich

Die Frage nach dem Glück beschäftigt Bruno Frey, einen der bekanntesten Wissenschaftler der ökonomischen Glücksforschung. Selten wollen Wissenschaftler Forschungsfragen mit einem einfachen „Ja“ beantworten. Aber wenn es um den Zusammenhang zwischen Wachstum und Glück geht, wählt Frey eben diese Antwort. Ja, Wachstum macht glücklich. Zumindest sagen das die Studien der Sozialwissenschaftler und Ökonomen, die



das Phänomen von sehr unterschiedlichen Seiten betrachten und versuchen, Glück als Zustand der Lebenszufriedenheit messbar zu machen. „Aber die wichtigste Frage ist, von welchem Wachstum wir reden“, schränkte Frey ein. Dabei betonte er unter anderem den abnehmenden Grenznutzen des Einkommens: Bei Menschen mit einem niedrigen Einkommen steigt bei einer Gehaltserhöhung die Lebenszufriedenheit stärker als bei Menschen, die bereits vor der Erhöhung mehr Geld zur Verfügung hatten. Auch der Vergleich mit anderen Menschen im eigenen Umfeld sei fundamental für das Glücksempfinden: Verdient man weniger als die Kollegen, Freunde oder andere Menschen mit der gleichen Ausbildung, sinkt die Lebenszufriedenheit. Dagegen ist Arbeitslosigkeit eine der stärksten negativen Faktoren für die Lebenszufriedenheit.

Gleichzeitig sei der Wohlstand nur einer von vielen Einflüssen auf die Lebenszufriedenheit. So tragen Frey zufolge vor allem genetische Faktoren dazu bei, ob Menschen ihr Leben po-

sitiv wahrnehmen und sich damit auch glücklich fühlen. Ebenso wichtig seien soziale Einflüsse: Ein gutes Netzwerk aus Freunden zu haben, mache demnach sehr glücklich, während ein isoliertes Leben oft gleichbedeutend mit einer niedrigen Lebenszufriedenheit sei. Außerdem hätten die Wissenschaftler auch politische Faktoren herausgefiltert, die das Glücksempfinden beeinflussten: Bei den befragten Personen rund um die Welt steigere die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung das subjektive Glücksgefühl maßgeblich.

Also zieht Bruno Frey am Ende folgendes Fazit: Ja, es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen Wachstum, Wohlstand und Glück. „Aber anderes ist genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger“, sagt der Ökonom. Er hielte es allerdings für einen Fehler, politische Konzepte unmittelbar an der Verbesserung der Glücksindikatoren zu orientieren. Als Wissenschaftler warnte er vor der politischen Manipulierbarkeit solcher Indikatoren, die dann im Rahmen von strategischen Befra-

gungen letztlich nur verzerrte und politisch gewollte Ergebnisse brächten. Deshalb sei es besser, die Politik versuche indirekt jene Rahmenbedingungen zu verbessern, die zur Verbesserung der Lebenszufriedenheit beitragen.

Kollektive Unsterblichkeit

Carl Christian von Weizsäcker, ehemaliger Direktor des energiewirtschaftlichen Instituts zu Köln, stellte in seinem Vortrag die Frage, warum Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft überhaupt einen dermaßen hohen Stellenwert habe. Die Antwort: Nachhaltigkeit sei der säkularisierte Begriff der kollektiven Unsterblichkeit im Diesseits, also die Möglichkeit für eine Gesellschaft, ihr Fortbestehen zu sichern. „Wenn schon das Individuum nicht unsterblich ist, soll es wenigstens das Kollektiv sein“, erklärte Weizsäcker.

Aus ökonomischer Sicht könne man – so von Weizsäcker – das Klimaproblem wie folgt erfassen: Der Übergang vom Überfluss zur Knappheit einer natürlichen Ressource bedinge immer grundlegend neue gesellschaftspolitische Lösungen. Als Boden knapp geworden sei, habe man die Allmende aufgelöst und sei zum Privateigentum am Boden übergegangen. Andere Beispiele seien Fang-, Jagd- und Fischereirechte sowie das Eigentum an Sendequenzen. Der Übergang von frei verfügbaren Ressourcen zu privaten Eigentumsrechten sei häufig mit großen sozialen Konflikten verbunden gewesen. Heutzutage – so von Weizsäcker – werde die Luft insofern ein knappes Gut, als die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Treibhausgase begrenzt sei. Hieraus folge, dass der Übergang zu einem „Eigentumsregime“ bei der Luft organisiert werden müsse.

Die Frage, ob Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit ein Widerspruch seien, verneinte Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Man müsse allerdings die ökonomischen und gesetzlichen Rahmenbe-

dingungen entsprechend gestalten, um Nachhaltigkeit durchzusetzen. Wirtschaftswachstum solle jedoch kein Selbstzweck sein, aber es könne dazu beitragen, erstrebenswerte Ziele zu erreichen (z. B. Zufriedenheit, Wohlstand, soziale Sicherheit). Die Politik sollte sich deshalb nicht primär mit Wachstum befassen, sondern mit Wohlfahrt, so die Kernthese von Edenhofer. Zudem konstatiert er, dass die

„Degrowth“ (d.h. rückläufiges Wachstum) wolle, sondern ob Über- oder Unterinvestition bei wichtigen Gemeinschaftsgütern (Common-Pool Ressourcen) vorlägen. Dies müsse verhindert werden, denn sonst gehe es auf Kosten der Nachhaltigkeit bzw. Wohlfahrtsminderungen müssten in Kauf genommen werden.

Nachhaltigkeit als Ziel

Der Philosoph Julian Nida-Rümelin von der Universität München stellte die ethischen Grundlagen einer humanen Ökonomie vor. Er kritisierte das einseitige ökonomische Rationalitätskonzept der modernen Ökonomie, die seine inhumanen Konsequenzen ausblende. Eine humane Ökonomie verlange dagegen Verlässlichkeit, Urteilskraft und Entscheidungsstärke der Handelnden.

Nachhaltigkeit müsse das Ziel einer neuen Ökonomie werden. Sie stelle auch die postmoderne Komplettierung der zentralen Werte der Moderne von Freiheit und Gleichheit dar. Die ökonomische Praxis könne durch maßgebliche Akteure aus Politik und Wirtschaft humaner gestaltet werden. Die Philosophie könne hierfür Orientierung bieten.

Ludger Wößmann, Leiter des Ifo-Instituts für Bildungs- und Innovationsökonomik, sieht in der Bildung den Schlüsselfaktor für die zukünftige Entwicklung unseres Wohlstandes. Deshalb sei die Frage, wie die Politik das Bildungsniveau der Bevölkerung und insbesondere die schulischen Leistungen verbessern könne, so entscheidend. Zahlreiche Studien internationaler Schülervergleichstests belegten, dass eine bloße Erhöhung der Bildungsausgaben und eine Verkleinerung der Klassengrößen kaum positive Effekte erzeugten. Entscheidend seien dagegen institutionelle Änderungen im Schulsystem, damit sich die Anstrengungen aller Beteiligten für bessere Bildungsergebnisse lohnten. Internationale Vergleiche zeigten, so Wößmann, dass vor allem drei Dinge entscheidend seien: Erstens eine externe Leistungsüberprüfung, denn nur



Carl Christian von Weizsäcker fordert ein „Eigentumsregime“ für Luft



Julian Nida-Rümelin: „Das ökonomische Rationalitätskonzept blendet inhumane Konsequenzen aus“

Menschheit die globalen Gemeinschaftsgüter (z. B. die Atmosphäre) zu stark, aber lokale und globale Gemeinschaftsgüter zu wenig (z.B. Wissen, Infrastruktur) nutzen würde.

Dies könnte ein sinnvoller Ausgangspunkt für ein Wohlstandsmodell des 21. Jahrhunderts werden. Die zentrale Frage für Wirtschaftspolitik sei nicht, ob man Wachstum, Green Growth oder

durch sie könne man feststellen, ob Wissensvermittlung erfolgreich war. Dies erhöhe die Motivation von Schülern und Lehrern. Zweitens: Mehr Selbständigkeit der einzelnen Schulen fördere die Leistungsbereitschaft, wenn sie von der externen Überprüfung begleitet werde. Drittens: Die Ergebnisse lassen sich insbesondere dann noch steigern, wenn Wettbewerb unter den Schulen zugelassen würde, d.h. die Eltern die Wahlmöglichkeit hätten, die Kinder auf unterschiedliche Schulen zu schicken. Hier müsse zusätzliche staatliche Unterstützung den Eltern oder den Schulen helfen, Kindern auch zu ermöglichen, auf nicht-staatliche Schulen zu gehen. Im Rahmen eines solchen Wettbewerbssystems sei auch nachgewiesen, dass die öffentlichen Schulen besser würden. Schließlich sprach sich Wößmann dafür aus, die Aufteilung der Schüler in verschiedene Schularten deutlich später vorzunehmen und die frühkindliche Bildung auszubauen.

Martin Werding von der Ruhruniversität Bochum leitete aus seinen theoretischen Überlegungen ab, dass das Handeln jeder Generation sich an dem Vorsichtsprinzip orientieren sollte, um intergenerationale Umverteilung möglichst zu vermeiden. Unsicherheit und Unkenntnis über Zukünftiges gebiete eine solche Denkweise. Von den aufeinanderfolgenden Generationen könne noch ein bilateraler Tausch im Rahmen einer Risikoverteilung beispielsweise bei der Finanzierung der Bildung und der sozialen Sicherungssysteme organisiert werden. Eine darüber hinausgehende Generationengerechtigkeit zu organisieren, sei weitaus schwieriger.

Der ehemalige bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil sagte: „Wachstum ist alles andere als ein Selbstzweck.“ Bayern brauche wirtschaftliches Wachstum, um langfristig einen stabilen Haushalt zu sichern und keine neuen Schulden aufzubauen. Das müsse als Garantie dafür stehen, künftigen Generationen finanziell nicht zur Last zu fallen. ■

Wolfgang Quaisser / Miriam Zerbel
Dorothea Wagner / Stefan Schwaiger

Politik mit leichter Sprache besser verstehen

„Miteinander vor Ort“ – so lautete der Titel einer Reise der bayrischen Behindertenbeauftragten Irmgard Badura durch alle bayrischen Bezirke. Vor Ort gab es Vortrags- und Gesprächsabende zu Themen, die für Menschen mit Behinderungen von besonderer Relevanz sind. Die abschließende Veranstaltung fand in Würzburg statt. In Kooperation mit der Akademie ging es dabei um „Politik in leichter Sprache“. Dass man die eigene Politik besser erklären müsse ist eine weit verbreitete Floskel im politischen Alltag. Einen leicht zu beschreitenden Weg zu verständlicheren Erklärungen bietet die „leichte Sprache“. Durch sie soll es Menschen mit Lernschwierigkeiten oder wenig Deutschkenntnissen erleichtert werden, zu kommunizieren und damit am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Deswegen ist auch dieser Bericht zur Tagung dazu passend in leichter Sprache gehalten.

Bei der Politik geht es um alle Menschen. Alle Menschen sollen Politik verstehen. Dafür darf die Sprache nicht kompliziert sein. Es ist wichtig, dass man klar und deutlich spricht. Wenn einer ganz lange spricht, kann man ihn oft nicht mehr verstehen. Dann weiß man nicht, was der will. Wer nicht so leicht lernen kann, der braucht leichte Sprache. Auch wer nicht so gut deutsch kann, braucht leichte Sprache. Viele ältere Menschen brauchen leichte Sprache. Eigentlich braucht jeder eine Sprache, die man gut verstehen kann.

Zur Landtagswahl gab es in Würzburg eine Veranstaltung. Dort konnte man sich informieren. Jeder, der wählt, macht Politik. Wer bei der Landtagswahl in Bayern seine Stimme abgibt, kann mitbestimmen. Darauf, welche Parteien und welche Politiker in Bayern regieren.

Wer soll der Boss sein?

In Würzburg haben Politiker erklärt, warum man sie wählen soll. Bei einer Wahl kann jeder bestimmen, wer im Land der Boss ist. Jeder will mal der Boss sein. Es müssen aber auch die anderen wollen, dass einer Boss ist.

Das bestimmt man bei einer Wahl. Da hat jeder Mann und jede Frau eine Stimme. Wenn sie 18 Jahre alt sind. Und wenn sie Deutsche sind.

Ein Politiker kam von der SPD. Er heißt Volker Halbleib. Er hat gesagt, dass er mehr für die Bildung tun will. Er will gerechte Politik machen. Dafür sollen reiche Leute mehr Steuern zahlen. Oliver Jörg kam von der CSU. Er meint: „Menschen mit Behinderung müssen überall mitmachen können, wenn sie das wollen.“ Er will noch mehr dafür tun. Alle sollen Busse und Bahnen gleich gut benutzen können. Simone Tolle kam von den Grünen. Sie meinte, dass vieles noch nicht so gut läuft. Der Staat soll mehr für behinderte Menschen tun. Zum Beispiel in der Schule und beim Verkehr. Karsten Klein kam von der FDP. Er möchte, dass die Menschen selbst mehr für Menschen mit Behinderungen tun. Der Staat kann nicht alles machen. Günter Felbinger ist von den Freien Wählern. Er will, dass es weniger Hindernisse geben soll. Zum Beispiel beim Verkehr. Man sollte nicht nur darüber reden, sondern etwas tun. Alle Politiker wollten mehr Rücksicht auf Behinderungen nehmen.

■ Michael Spieker

Mehr Informationen zur leichten Sprache findet man hier:
<http://www.leichtesprache.org/>

Die EU zwischen Solidarität und nationalen Interessen

Europa ist mehr als die Europäische Union und mehr als der Euro. Gerade in der gegenwärtigen Krise mit seinen beachtlichen Konfliktpotentialen gilt es, sich über Gemeinsamkeiten und Visionen auszutauschen, aber gleichzeitig historisch bedingte und neu entstandene Kontroversen bewusst zu reflektieren. In der Tagung „Europa – Solidarität, Interessen, Identitäten und Visionen“ stand zur Debatte, welche Chancen und Hindernisse es für die Zukunft der EU gibt.

Die Krise der Währungsunion entwickelt sich zu einer Krise der Europäischen Union. Häufig stehen nationale gegen europäische Interessen. Gemeinsame Regeln, Verfahren und Institutionen können zudem nicht darüber hinweg täuschen: In Europa gibt es beachtliche kulturelle Unterschiede, die einem engeren Zusammenwachsen der EU entgegenstehen.

Multiple Identitäten

Für die Zukunftsperspektive der Europäischen Union spielt auch die Frage nach einer gemeinsamen Identität eine wichtige Rolle – sie könnte der stabilisierende Faktor sein, der die Bereitschaft zur Solidarität zwischen den Ländern Europas am Leben hält, erklärte Martin Große Hüttmann von der Universität Tübingen. Er definierte „Identität“ als Gemeinschaftsbewusstsein, das sich auf verschiedenen Ebenen ansiedeln kann: Ein Mensch kann sich gleichzeitig als Münchener, Bayer, Deutscher und Europäer fühlen, je nachdem, in welchem Kontext er sich befindet. Als Europäer habe man multiple Identitäten.

Obwohl sich die unterschiedlichen Identitäten eigentlich nicht gegenseitig ausschließen, leidet die europäische Identität unter der Konkurrenz: „Sie ist im Vergleich zur regionalen und nationalen Identität viel schwächer ausgeprägt“, sagte Große Hüttmann. Der Grund: „Identität hat auch immer etwas mit Emotionen zu tun und da tut sich

die EU erfahrungsgemäß schwer“. Aber politischer Streit fördere die Identitätsbildung.

Zartes Pflänzchen hegen

Deswegen könne die Finanzkrise, die mit emotionalen Auseinandersetzungen einhergehe, dazu beitragen, dass die europäische Identität stärker wird. Auf der anderen Seite sammle die durch



Martin Große Hüttmann: „Politischer Streit fördert die Identitätsbildung“
Fotos: Wagner

Arbeitslosigkeit gebeutelte junge Generation gerade sehr persönliche, negative Erfahrungen, die sich prägend auf das Verhältnis zu Europa auswirken könnten: „Es ist sehr wichtig, das zarte Pflänzchen der europäischen Identität zu hegen und zu pflegen“, erklärte Große Hüttmann.

Zu Optimismus in Sachen Europäische Union forderte Anselm Görres auf: Er begreift die gegenwärtige Krise als Chance, die europäische Marktwirtschaft grüner und gerechter zu gestalten. Früher wäre die Abwertung der heimischen Währung eine elegante Lösung gewesen – heute, zu Zeiten des Euro, gebe es nur einen Ausweg aus der Finanzkrise: „Wir müssen besser, innovativer und produktiver werden“, sagte Görres.

Hohe Standards halten

Anstatt dem Billig-Trend zu folgen, profitiere die Wirtschaft längerfristig stärker davon, die hohen ökologischen und sozialen Standards in Europa zu halten. Ein Beispiel: Die Abwrackprämie hätte Görres an die Höhe des Energieverbrauchs geknüpft und einen Zuschuss für besonders umweltfreundliche Autos gezahlt. „Wir brauchen verantwortungsvolles Wachstum, das nicht auf Kosten unserer Zukunft geht – auch wenn die Umsetzung natürlich nicht leicht ist“, sagte der Politikberater.

Heinz-Jürgen Axt von der Universität Duisburg-Essen machte deutlich, dass europäische Solidarität, wie sie jetzt auch in der Krise von starken EU-Ländern wie Deutschland geleistet werde, immer auch dem eigenen Interesse diene. Dabei würden sich der Süden und der Norden Europas mit unterschiedlichen Wahrnehmungen gegenüber stehen. Die Interpretation des Südens laute, die finanziellen Transfers seien der Preis dafür, dass wettbewerbsstarke Staaten vom Euro profitieren.

Solidarität in Gefahr

Die Interpretation des Nordens geht nach Axt davon aus, dass die Finanzhilfe geleistet werde, um den Zerfall des Euro-Raumes zu verhindern. Wenn dies nicht gelänge, gingen nicht nur

die Krisenländer in die Insolvenz, sondern der Zusammenhalt in der gesamten EU wäre gefährdet. Damit wären eigentlich alle Europäer Verlierer, ganz abgesehen von den Folgen eines Euro-Zerfalls für die Weltwirtschaft.



Im Europaparlament in Strassburg treffen die unterschiedlichen nationalen Interessen aufeinander

Foto: Schröder

Die Geberländer beständen allerdings auf wirtschaftspolitische Konditionen als Gegenleistung für die Unterstützung, denn nur so erhoffe man sich, dass dauerhafte Strukturen geschaffen würden, um diese Länder in der Euro-Zone zu halten. Im Süden wird dies vielfach als Schikane gesehen und die Stimmung sei insbesondere gegenüber Deutschland negativ. Würden sich nicht bald Erfolge einstellen, dann wäre im Norden und im Süden die europäische Solidarität gefährdet.

Der Süden in der Krise

Michael Kelpanides von der Universität Thessaloniki zeichnete ein ernüchterndes Bild seines Landes, das weitgehend aus eigener Schuld in diese Krise geraten sei. Allerdings hätten die europäischen Partnerländer und die europäischen Institutionen zu lange weggeschaut. Griechenland sei deshalb auch ein Beispiel für das Versagen der EU, denn solide Strukturen seien nicht aufgebaut worden.

Walther Bernecker von der Universität Erlangen-Nürnberg schilderte, wie Spanien nach einer langen Phase der Stabilität und des Aufschwungs in die

tiefe Krise geraten ist. Sie komme nicht nur in dem tiefen Wirtschaftseinbruch zum Ausdruck, sondern auch das politische System gerate aufgrund eines massiven Vertrauensverlustes der Bevölkerung unter Druck. Hinzu kämen

der deutsch-französischen Beziehungen. Beide bestätigten, wie wichtig das Tandem Frankreich-Deutschland für die europäische Integration sei.

Deutsch-französische Entfremdung

Nach dem doch sehr eng abgestimmten Handeln beider Länder während der Präsidentschaft Sarkozys sei eine gewisse Entfremdung eingetreten. Angesichts der geschichtlichen Hypothesen und der aktuellen Notwendigkeiten werde die enge Kooperation sicherlich recht bald wieder an Intensität gewinnen.

Ist die Euro-Rettung endlich geschafft? „Nein, noch lange nicht.“ So die kurze Antwort von Wolfgang Wiegard, der viele Jahre Mitglied des Sachverständigenrats („Wirtschaftsweise“) war. Der ehemalige Berater der Bundesregierung machte deutlich, dass in vielen Ländern die Wirtschaft noch schrumpfe bzw. der Aufschwung nur eine zarte Pflanze sei. Zudem stiegen die Schuldenstände in den meisten Ländern weiter an. Nur langsam konstatierte sich der Bankensektor. Es wird folglich noch Jahre dauern, bis in der Euro-Krise Entwarnung gegeben werden könne, auch wenn einiges schon auf gutem Wege sei. ■

Wolfgang Quaisser /
Dorothea Wagner



Europäische Raser

Zeichnung: Tomicek

Lernen im Klassenzimmer der Natur

Ein Bildungsgipfel im Nationalpark Berchtesgaden

Die Verbindung von Natur, Bildung und Politik erkundete ein Exkursionsseminar im Nationalpark Berchtesgaden. Rund 20 Lehrkräfte aller Schularten und Fächer machten sich auf in die Berge, um vor Ort und am eigenen Leib zu erfahren, welche Wechselwirkungen zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur bestehen. Ein zentrales Thema war dabei die Frage nach der bestmöglichen Gestaltung von Bildungsprozessen.

Die Tagung wurde gemeinsam mit der TU München, dem Schülerforschungszentrum Berchtesgaden (SFZ), der Dillinger Akademie für Lehrerfortbildung und dem Nationalpark Berchtesgaden durchgeführt. Ulrich Dettweiler (TU) und Susanne Bley (SFZ) führten die Gruppe zunächst zum rund 1900 Meter hoch gelegenen Blaueisgletscher, beziehungsweise zu dem, was vom Gletscher noch übrig ist. Die Erwärmung der vergangenen 100 Jahre hat den nördlichsten Gletscher der Alpen zu einem kleinen Eisfeld abgeschmolzen. Auf dem Weg in die Höhe sammelte die Gruppe Daten zum Wetter und übte die Orientierung im Gelände.

Der Weg als Bildungsanlass

Dahinter steht eine Bildungstheorie, die Ulrich Dettweiler so auf den Punkt brachte: „Wir laufen nicht blind von einem Ziel zum nächsten, sondern wir nutzen den Weg selbst als Bildungsanlass.“ Dieses Konzept wurde auch schon mit Schülergruppen erfolgreich erprobt: Es geht nicht um das bloße Einsammeln von Ergebnissen, sondern um den Aneignungsprozess.

Dazu bietet das „Klassenzimmer Natur“ viele Anlässe. Ein Nebeneffekt war für die Teilnehmer, dass man derart beschäftigt kaum die Anstrengung des Bergsteigens bemerkte. In einer Zeit, in der das direkte Erleben von natürlicher und sozialer Umwelt immer seltener wird, ist es für die Organisation von Lernprozessen besonders

wichtig, Erfahrungen zu vermitteln, auf deren Grundlage Erkenntnisse gewonnen werden können. Dabei können auch technische Instrumente eine Rolle spielen, sie sind aber nicht der Ausgangspunkt, denn der muss immer noch beim Ich selbst liegen.

ob beim gemeinsamen Pflanzenbestimmen, bei der Untersuchung des Gletscherfirns oder bei der Rücksichtnahme beim Wandern in einer größeren Gruppe – auch die Teilnehmer der Tagung.

Umweltbildung

Weil man nur sieht, was man weiß und nur schützt, was man kennt, ist die Umweltbildung eine besonders wichtige Aufgabe des Nationalparks.

Andrea Heiß, die Leiterin des Bildungsressorts, erläuterte die umfangreichen Aktivitäten des Nationalparks und führte durch das neu entstande-



Auf dem Blaueisgletscher im Nationalpark Berchtesgaden

Fotos: Tobias Hindemitt

Dettweiler forscht an der TU München über das „Expeditionary Learning“, bei dem die Natur als Lernort genutzt wird.

Lernort Natur

Im direkten Kontakt mit der Natur und in der Bewegung wird nicht nur die Gesundheit gefördert, sondern auch die sozialen Fähigkeiten und die Wertschätzung für die Natur werden dabei besonders gefördert. So erlebten es –

ne „Haus der Berge“ in Berchtesgaden. Mit viel Liebe zum Detail ist dort ein Bildungszentrum entstanden, in dem viel Wert auf die Bedeutung von Leib und Sinnlichkeit für das Lernen gelegt wird.

In Werkstätten kann dort mit Materialien aus der Natur gearbeitet werden, in einem Wasserlabor kann erforscht werden, was man mit dem bloßen Auge nicht wahrnimmt und in einer „Wiesenküche“ kann Natur verarbei-

tet und schließlich auch verkostet werden. Trotz des neuen Bildungshauses steht für Heiß aber weiterhin das Lernen in der freien Natur im Vordergrund. Die Überzeugung, dass Bildung ein Gemeingut ist, wird im Park durch die grundsätzliche Kostenfreiheit der Bildungsangebote realisiert.

Nationalpark als Wirtschaftsfaktor

Gegründet wurde der Nationalpark vor 35 Jahren – ursprünglich, um eine Seilbahn auf den Watzmann zu verhindern. Widerstände gegen den Gedanken des Naturschutzes gibt es bis heute immer wieder, wenn wirtschaftliche Interessen ihm entgegenstehen.

Mittlerweile bringt Naturschutz auch wirtschaftlichen Gewinn, denn der Nationalpark selbst zieht mittlerweile Touristen in das Berchtesgadener Land. Eingeteilt ist das Gebiet des Parks in mehrere Zonen von unterschiedlicher Schutzintensität. In der Kernzone wird die Natur sich selbst überlassen und der Zutritt ist nur an wenigen Stellen erlaubt. Doch auch in diesen Zonen wird derzeit noch am Forst gearbeitet, der stellenweise von Fichtenmonokulturen erst wieder zu einer natürlichen Vielfalt der Baumarten aufgeforstet werden muss. Auch Waldbrände werden hier nicht dem Lauf der Dinge überlassen, sondern gelöscht.

Konflikte zwischen Schutz und Nutzung der Natur treten aber auch durch die weitgehend unbeschränkten Nutzungsrechte der Bundeswehr im Nationalparkgebiet auf. So wurde deutlich, dass die Natur selbst nicht etwa das Andere zur Kultur, sondern längst selbst gesellschaftlich vermittelte Natur ist. Das ist auch von Bedeutung für die Gesellschaft selbst, wie spätestens dann deutlich wird, wenn sie sich durch ihr Handeln die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.

Philosophie der Natur

Will man das Verhältnis zur Natur verstehen, führt letztlich kein Weg an der Philosophie vorbei. Zwei ganz unterschiedliche Konzepte wurden dabei



Im Haus der Berge in Berchtesgaden



Lernen im Klassenzimmer der Natur

vorgetragen und nach ihrem Wirklichkeitsgehalt befragt. Einerseits eine an dem norwegischen Philosophen Arne Naess orientierte Position der unmittelbaren Identifizierung des Einzelnen mit seiner Natur. Aus der privaten Empfindung entsteht demnach die Motivation zum unbedingten Schutz der Natur.

Andererseits eine aus der Naturphilosophie des Deutschen Idealismus schöpfende Überlegung, die vor allem den Widerspruch des Menschen im Blick auf die Natur betrachtet: Er ist selbst ein Naturwesen und angewie-

sen auf ihre Ressourcen und gleichzeitig steht er der Natur auch fremd gegenüber, indem er seine Freiheit gegen ihre Determinierung durchsetzt. Diese unüberwindbare Fremdheit kommt danach schon in der Bedingung der Möglichkeit menschlichen Lebens zum Vorschein, das immer auch Natur verzehren muss, um sich zu erhalten. ■

Michael Spieker

Politische Prozesse spielerisch erfahren

Kreative Ansätze bei der ersten Tutzinger Planspielwerkstatt

Die Methode des Planspiels erfreut sich auch in der politischen Bildung immer größerer Beliebtheit. Wegen ihrer Handlungsorientierung und der Vermittlung unterschiedlicher Kompetenzen wird sie immer häufiger erprobt und eingesetzt. Planspiele durchführen ist das eine – sie entwickeln ist noch einmal eine ganz andere Herausforderung. In unserem Werkstattseminar* wurden gemeinsam mit den erfahrenen Planspielpraktikern Thomas Eberle, Willy Kriz und Stefan Rappenglück neue Konzepte und Szenarien entworfen und anschließend einem ersten Testlauf unterzogen.

Die Folgen der Globalisierung am Beispiel der Kakaoernte und der Produktion von Schokolade waren das Thema eines Planspiels. Erntearbeiter, Aufkäufer, Händler und Konsumenten waren im Spiel. Schnell wurden die Quellen fairen Handels und die Folgen von unseren Kaufentscheidungen in Europa deutlich: Der Discouter mit den Billig-Angeboten wurde immer reicher und der Eine-Welt-Laden mit fair gehandelten Produkten räumte bald mit Ausverkaufspreisen, die in die Pleite führten, seine Lager.

Unterdessen mühten sich die Arbeiterinnen bei der „Ernte“ ab. Die wurde durch das akkurate Ausschneiden von Papierkreisen ersetzt. Unsaubere Arbeit bedeutete: im besten Fall weniger Lohn. Meist aber: kein Verkauf, kein Lohn. Die Akteure setzten sich so spielerisch mit den Produktionsmethoden und den kapitalistischen Gesetzen des Welthandels auseinander. Fast nebenbei kam eine Reflexion über Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung im eigenen Lebensbereich in Gang und zwangsläufig ergab sich eine ethische Diskussion über Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Einen ganz anderen Zugang wählte die Gruppe, die Tarifverhandlungen im Planspiel simulierte. Mit realistischen Zahlen aus Betrieben und der Wirt-

schaft wurden die Rollenspieler ausgestattet und schnell waren die Konfliktlinien zwischen den Tarifparteien deutlich – aber auch die im jeweils eigenen Lager. Da kämpften Großkonzerne und Kleinbetriebe um die bessere Verhandlungsposition und Besser-

handlungsrunden die oft nicht transparenten Verhandlungen der Realität praktisch erfahrbar machte. Zwischen den Runden und während der Verhandlungen erzeugte die Gruppe „Medien“ mit ihrer veröffentlichten Meinung Druck auf die Bosse und Gewerkschaftsfunktionäre. Alles wie im richtigen Leben.

Mit kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und Formen der Bürgerbeteiligung setzte sich die dritte Gruppe auseinander. Beim „Asylbewerberheim für Moosloshausen“ trafen die unterschiedlichen Parteien und Interessengruppen in der Gemeinde aufeinander und argumentierten pro und contra, bis sich schließlich Initiativen für ein gemeinsames Kon-



Bürgerversammlung in Moosloshausen

verdienende gegen die unteren Lohngruppen. Solidarität war plötzlich keine leere Worthülse mehr. Gerade ihr Fehlen und das egoistische Durchsetzen der eigenen Machtinteressen wurden deutlich spürbar. Entwickelt wurde ein Planspiel, das in mehreren Ver-

zept entschieden und dem Landrat präsentierte. Beim „Bürgerhaus für Altstadt“ sollten neue Formen der Bürgerbeteiligung ausprobiert werden. Präzise ausgearbeitete Rollenprofile und ein kreatives Szenario sorgten für spielerisch erworbene Erkenntnisse rund um die Kommunalpolitik. ■

* In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Michael Schröder

Geschichtsunterricht im Zeichen der Globalisierung

80 Historiker von vier Kontinenten – Europa, Amerika, Afrika und Asien – trafen sich in Tutzing zur diesjährigen Tagung der International Society for History Didactics (ISHD). Sie ist ein weltweiter Zusammenschluss von Geschichtsdidaktikern, der als Kommunikationsforum und Arbeitsgemeinschaft dient. Ziel ist es, Theorie und Praxis des Lehrens und Lernens der Geschichte zu fördern. Zu diesem Zweck konzentriert sich die ISHD hauptsächlich auf historische Denkweisen, das Bewusstsein für die Geschichte und deren Vermittlung sowie die Ausbildung angehender Geschichtslehrer.

Wie verändert eine zusammenwachsende Welt das Unterrichtsgeschehen? Welche Rolle spielen Medien? Und wie lässt sich eine Verbindung zu geschichtlich relevanten Themen herstellen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigte sich das meist junge

Publikum aus der ganzen Welt in drei Tagen unter dem Titel „Kolonialismus, Dekolonialisierung, postkoloniale Perspektiven. Herausforderungen für die Didaktik der Geschichte und den Geschichtsunterricht im Kontext der Globalisierung“. Vorträge von international renommierten Professoren in-

formierten über die unterschiedlichsten Bereiche der Geschichtsdidaktik. Es ging darum, den Zusammenhang zwischen voranschreitender Globalisierung und den daraus entstehenden Problemen für die Vermittlung historischer Inhalte in Schulen aufzuzeigen. Dabei wurden Themen wie die Analyse der Präsentation von Imperialismus und Kolonialismus in Geschichtsbüchern vorgestellt. Oder es wurde die Frage diskutiert, wie man die Inhalte (post-)kolonialer Zeit in Klassen vermittelt. Ein Vertreter der UNESCO unterrichtete am Beispiel Tansanias und Deutschlands über die Möglichkeit, im globalen Bereich aus der kolonialen Vergangenheit zu lernen. Im Laufe der Tagung entwickelte sich ein reger Austausch jenseits kultureller Grenzen. ■

Katharina Keil

Erlesene Fundstücke mit Dirk Heißerer

Literatur vom Starnberger See bei der Tutzinger Kulturnacht

Der Bogen war weit gespannt und reichte über fast 250 Jahre. Bei der diesjährigen Tutzinger Kulturnacht, an der sich die Akademie zum zweiten Mal beteiligte, wurden Schriftsteller vom Starnberger See vorgestellt.

Der Münchner Literaturwissenschaftler Dirk Heißerer, der bei seiner Lesung alles andere als ein trockener, humorloser Wissenschaftler war, zog die rund 100 Zuhörer mit heiteren und hintergründigen Geschichten vom See in seinen Bann.

Die Liste der Autoren reichte von Lorenz Westenrieder (1784) bis zu Herbert Achternbusch (Das Ambacher Exil) und Patrick Süskind (Die Geschichte von Herrn Sommer). Dazwischen streute er eine venezianisch anmutende Beschreibung des Tutzinger Dampferstegs von Ludwig Steub oder auch Karl Valen-

tins Beobachtungen eines Karpfrennens („Während des Rennens ist der See für Fußgänger gesperrt“). Das Karpfrennen wird übrigens Jahrzehnte später von Achternbusch zitiert. Nicht fehlen durften die Kasperlkomödien vom Grafen Poccia auf Ammerland mit einer herrlichen Parodie auf die Bayern von 1855.

Heißerer ließ König Ludwig II. und Kaiserin Sissi auf der Roseninsel wieder lebendig werden (mit ihren Gedichten von „Möwe und Adler“). Thomas Mann erlebten wir in seinem „Villino“ in Feldafing und bei Spaziergängen am See. Schließlich noch Ringelnatz mit dem „wilden Mann von Feldafing“ – als wenn er Lotthar Günter Buchheim schon gekannt hätte. Kein Abend mit Literatur vom Starnberger See darf ohne Oskar Maria Graf (Das Leben meiner Mutter) zu Ende gehen. Im letzten



Dirk Heißerer lässt Literatur rund um den Starnberger See lebendig werden

Foto: Haas

Jahr hatten wir ihm bei der Kulturnacht mit dem inzwischen verstorbenen Wolf Euba ein Denkmal gesetzt. Heißerer sieht in diesem Buch Grafs „eine einzigartige Kulturge schichte vom Starnberger See.“ ■

ms

Linktipp: <http://www.lit-spaaz.de/>

Über den lebendigen Geist der DDR

Provokante Thesen der DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier

Sein 23 Jahren ist Deutschland offiziell wieder vereint. Trotzdem kommt immer noch die Frage auf: Wie geeint ist die Bundesrepublik wirklich? Über 40 Jahre der Trennung haben ihre Spuren hinterlassen. Am diesjährigen Tag der Deutschen Einheit war die frühere DDR-Bürgerrechtlerin, Autorin und Regisseurin Freya Klier zu Gast in der Akademie. Sie berichtete von ihren Erfahrungen vor und nach der friedlichen Revolution von 1989.

Die Regisseurin und Autorin zeigte die gesellschaftlichen Missstände in der DDR auf: Repression, Zwang und Angst bestimmten den Alltag der Menschen. Mit Blick auf das vereinte

und sagte: „Die SED hat sich einfach dreimal umbenannt.“ Durch die Weitergabe der Ideologie und durch persönliche Kontinuitäten sei deren Bestehen in der Partei „Die Linke“ gesichert. Klier erklärte deren parteiinterne Strukturen und führte einige ebenso unliebsame wie streitbare Argumente gegen sie an. Doch nicht alles, was aus der DDR stammt, sei im vereinten Deutschland negativ besetzt: Beste Beispiele seien Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck.



Die DDR-Bürgerrechtlerinnen Katja Havemann, Vera Lengsfeld, Bärbel Bohley und Freya Klier (von links)
Foto: Archiv Klier

Deutschland stellte sie die Frage, ob sich noch immer Züge des totalitären DDR-Regimes erkennen lassen. Wie lange bleibt die Prägung einer solchen Diktatur erhalten, obwohl sie als Staat vor über 20 Jahren unterging? Können ihre Strukturen Jahrzehnte überdauern?

Alte Personen, neue Mäntel

Es seien vielfach die alten Personen, die sich neue Mäntel überzogen und so dafür sorgten, dass das alte Gedankengut erhalten bleibt, meinte Klier

Die Diskussionsrunde eröffnete Tagungsleiter Ondrej Kalina mit einer provokanten These: Bot die DDR also für die unpolitischen und politikfernen Bürger, denen es vorrangig auf die Stabilität ihrer persönlichen Lebensverhältnisse ankommt, angesichts der unsicheren Gegenwart das verlässlichere Umfeld? „Warum muss man die damals herrschenden totalitären Umstände trotzdem als Unrechtsregime bezeichnen? Und wie arbeitet man gegen eine verstärkt aufkommende Nostalgie an?“, fragte er.

Das Publikum sorgte mit seinen Fragen und Anmerkungen auch für persönliche Momente, so als Freya Klier über den Freitod ihres Bruders sprach („er wurde vom Regime dazu getrieben“). Neben der Rolle der Medien und der Kunst im Osten des geteilten Deutschlands war es besonders die Kritik an der Linkspartei, die Stoff für Diskussionen bot. Bis zur vollendeten Einheit – so das Ergebnis des Abends – habe Deutschland noch einen weiten Weg zu gehen. Die Richtung stimme aber zuversichtlich. ■

Ondrej Kalina / Katharina Keil



Zeichnung: Tomicek

Die Diskussion mit Freya Klier wurde vom Bayerischen Fernsehen aufgenommen und am Samstag, den 12. Oktober, im Rahmen der Sendereihe „Denkzeit“ auf BR-alpha ausgestrahlt.

Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus in der DDR und der Sowjetunion

Unterschiedliche Bewertungen in Ost und West

Die Ursachen des Zusammenbruchs von DDR und Sowjetunion waren Themen der 8. Konferenz der deutsch-russischen Historikerkommission in Tutzing*.

Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus in der DDR und der Sowjetunion war eine Zeit der Desillusionierung. Nach dem Versuch der siebziger Jahre, eine neue Balance zwischen den Wünschen der Menschen nach einem besseren Leben in Wohlstand und dem Erhalt des Gleichheitsgrundsatzes zu finden, standen beide Staaten Ende der achtziger Jahre vor dem Bankrott.

Der Weg bis zum Zusammenbruch der DDR 1989 und der Sowjetunion 1991 vollzog sich aber nicht als Einbahnstraße, sondern war eine kurvenreiche Piste, auf der zahlreiche Wendemanöver versucht wurden.

Zögerliche Reformversuche

Die Tutzinger Tagung war aus einer Reihe von Gründen notwendig. So werden das Ende der Sowjetunion und damit zusammenhängend auch die Ereignisse in der DDR von russischen Forschern zumeist deutlich anders bewertet als von deutschen Wissenschaftlern. Dies zeigt sich besonders deutlich an der Einschätzung der Rolle des Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow.

Die russische Forschung geht vielfach davon aus, dass Gorbatschow weitgehende Handlungsalternativen besaß, jedoch nur unzureichend Gebrauch von seinen Möglichkeiten

machte, die Sowjetunion als Vielvölkerstaat zu erhalten und einen Abfall der Satellitenstaaten zu verhindern. Deutsche und andere westliche Wissenschaftler betonen hingegen in der Regel, dass Gorbatschow keine Alternative zu seinen anfangs sehr zögerlichen Reformversuchen hatte. Diese lösten eine Dynamik aus, die vom sowjetischen Staatsapparat nicht mehr kontrolliert werden konnte.

Das Verdienst Gorbatschows wird im Westen vor allem darin gesehen, dass er – zumindest außerhalb der Grenzen der Sowjetunion – einen gewaltfreien Übergang Ostmittel- und Osteuropas in eine postkommunistische Gesellschaft mittrug. In Russland gilt Gorbatschow hingegen vielen als verantwortlich für den Zusammenbruch der Sowjetunion, der durch couragiertes Handeln hätte aufgehalten werden können.

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie unterschiedlich die Bewertung des letzten Jahrzehnts des Sozialismus in Deutschland und Russland ausfällt und wie wichtig es war, über diese Fragen intensiv und kritisch, aber in aller Freundschaft zu diskutieren.

Systematischer Vergleich

Die Konferenz untersuchte die Transformationsprozesse in der DDR und der Sowjetunion im letzten Jahrzehnt des Sozialismus auf der politischen, wirt-

schaftlichen und gesellschaftlichen Ebene. Verschiedene übergreifende Fragestellungen schufen dabei eine Diskussionsgrundlage:

Welche Erosionsprozesse zeigten sich in der DDR und der Sowjetunion seit Beginn der 80er Jahre in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

Welche Rolle spielte der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Fähigkeiten der Kommunistischen Partei zur Krisenbewältigung?

Welchen Einfluss hatten die Kosten des Imperiums für die Politik des „Neuen Denkens“ in der Sowjetunion?

Welche Alternativen zum bisherigen Herrschaftssystem wurden in beiden Staaten wahrgenommen?

Wie wirkte der Westen in der Vorstellungswelt der ostdeutschen bzw. sowjetischen Bevölkerung in Hinblick auf ökonomische Effizienz, politische Ordnung und sozialen Wohlstand?

Wie zeigt sich der Zusammenbruch in der Erinnerungskultur in beiden Ländern?

Zugleich wurde das Ende der DDR und der Sowjetunion systematisch verglichen. Dabei ließen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Auflösungsphase des bisherigen Gesellschaftssystems aufzeigen. Zudem wurde untersucht, mit welchen Mitteln Staat und Verwaltung versuchten, diesen Prozess aufzuhalten.

Die Ergebnisse der Tagung werden 2014 in einem Tagungsband veröffentlicht. ■

Michael Mayer

* In Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst und der Lomonossow-Universität Moskau.

Wissenschaftler und Quellen zusammenbringen

Internationale Nachwuchsakademie zur Holocaust-Forschung

Jährlich erscheinen tausende Neuerscheinungen zum Holocaust allein in deutscher Sprache. Auch wenn nun schon seit Jahrzehnten zu diesem Thema geforscht wird, legt die Forschung immer wieder neue Ergebnisse vor. Derzeit besonders en vogue sind lokale und regionale Studien, die die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden auf einer Mikroebene untersuchen. In Tutzing fand nun in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München die Summer School des European Holocaust Research Infrastructure Projekts (EHRI) statt, bei der Nachwuchswissenschaftler und arrivierte Forscher zwei Wochen lang intensiv über die aktuellen Entwicklungen diskutierten.

Das EHRI-Projekt, das von der Europäischen Union gefördert wird, befindet sich derzeit noch im Aufbau. Seit 2010 arbeiten zwanzig Organisationen – Institute, Archive, Museen und Gedenkstätten – aus 13 verschiedenen Ländern in dem Projekt zusammen, darunter etwa das IfZ in München, Yad Vashem oder die Wiener Library in London. Bis September 2014 soll eine Art „Wissenschafts-Infrastruktur“ entstehen. Diese wird aus einem Netzwerk von Forschern bestehen, die sich mit dem Holocaust beschäftigen. Daneben wird eine Online-Datenbank aufgebaut, in der auf tausende Scans von Originaldokumenten aus Archiven weltweit zugegriffen werden kann. Dies ist vor allem für die Forschung zu Ostmittel- und Osteuropa – dem zentralen Raum der Massenverbrechen – von Interesse. Die Bestände von kleinen lokalen oder regionalen Archiven in der Ukraine oder in Litauen können dann vom heimischen Rechner aus auf ihre Relevanz für das eigene Forschungsthema durchforstet werden, so dass man seine Archivreisen deutlich effektiver planen kann. Das Ziel ist, Forscher und Quellsammlungen zusammenzubringen.

Aber auch der breiteren Öffentlichkeit bietet die Homepage www.ehri-project.eu wichtige Informationen. So finden sich dort kurze Zusammenfassungen der Geschichte des Holocaust in allen betroffenen Staaten in Europa und Nordafrika. Wer also beispielsweise rasch etwas zur Frage der Judenverfolgung in Marokko, Norwegen oder San Marino nachlesen

Deutschland vor und nach der Machtübernahme Hitlers. Anschließend wurden die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen in den Blick genommen, so etwa die alten Eliten durch Magnus Brechtken oder die Wehrmacht durch Johannes Hürter vom IfZ.

Einen Schwerpunkt bildete die Untersuchung des Holocaust in den besetzten Gebieten. So sprach etwa Karel Berkhoff von der Universität Amsterdam über die Ukraine, Andrea Löw vom IfZ über Ghettos in Polen, Katja Happe von der Universität Freiburg im Breisgau über die Niederlande und Michael Mayer von der Akademie über die Judenverfolgung im besetzten Frankreich.

Historischer Bezug vor Ort

Daneben bot Tutzing auch einige historische Bezugspunkte zum Thema.

Lange wurde die Frage diskutiert, weshalb der Nachlass des Generals Erich Ludendorff, der auch am Hitler-Putsch 1923 beteiligt war und dessen Villa sich nur wenige Meter von der Akademie entfernt befindet, noch immer nicht für die Forschung freigegeben wurde. Der Zug mit jüdischen Häftlingen des KZ Außenlagers Dachau in Mühldorf, der am 29. April 1945 in Tutzing strandete, zeigte zudem, welche Bedeutung der Holocaust für die Lokalgeschichte besitzt.

Mit Wendy Lower vom Claremont McKenna College in Claremont, Kalifornien, lebt eine der renommiertesten Holocaust-Forscherinnen direkt vor Ort, die es sich nicht nehmen ließ, zum Abschluss der Tagung zu einem Abendempfang zu laden. ■

Michael Mayer



Symbol des Holocausts: Das Eingangstor am Vernichtungslager Auschwitz
Foto: wikipedia commons

möchte, muss nicht mehr eigens in die Bibliothek gehen.

Andreas Wirsching, Direktor des IfZ und Dieter Pohl von der Universität Klagenfurt eröffneten die Tagung mit einem Blick auf den Antisemitismus in

Gesellschaften im Umbruch: Frauen in Nordafrika

Die politischen Umwälzungen in den nordafrikanischen Staaten haben unübersichtliche gesellschaftliche Dynamiken entfaltet. In besonderem Maße davon betroffen sind Frauen. Unsere Tagung* betrachtete die Lage nordafrikanischer Frauen aus verschiedenen Blickwinkeln.

Heba Ahmed ist in Kairo aufgewachsen und studiert nunmehr in Berlin. An den Demonstrationen für Frauenrechte und Demokratie in Ägypten war und ist sie aktiv beteiligt.

Ahmed gab einen Überblick über die Diskriminierungen von Frauen in Ägypten und stellte ägyptische Frauenorganisationen vor. Ein besonderes Problem in Ägypten sei die sexuelle Belästigung von Frauen.

„Harassmap“ etwa ist eine Initiative, die Belästigungen systematisch dokumentiert, zum Beispiel durch eine ständig aktualisierte Karte mit der Anzahl der Übergriffe in verschiedenen Regionen. Ein besonderes Problem der Frauenbewegung in Ägypten sei, dass sich Frauenkräfte nur in der Zivilgesellschaft, nicht aber im Parteiensystem entfalten können. Dies mache es nicht leicht, Forderungen wie die Gleichstellung von Frauen im Erbrecht politisch durchzusetzen, sagte Ahmed.

Gertrud Simmert-Genedy gab weitere Einblicke in die Situation von Frauen in Ägypten. Sie war lange Zeit im Verwaltungsmanagement einer privaten Universität in Kairo tätig und berichtete über ihre Eindrücke als deutsche Frau in Ägypten: über den Alltag privilegierter Oberschichtkinder an der Universität, familiäre Zusammenkünfte in einer Mittelschichtfamilie und über ihre Erfahrungen als Gründerin des Gesundheitsprojekts „Cairo Birth House“.

Geschlechterpolitik von oben

Joëlle Affolter von der Universität Zürich zeichnete die Geschlechterpolitik und den sozialen Wandel in Tunesien nach. Nach der Unabhängigkeit Tunesiens im Jahre 1956 sei es zu



Joëlle Affolter sprach über die Situation von Frauen in Tunesien

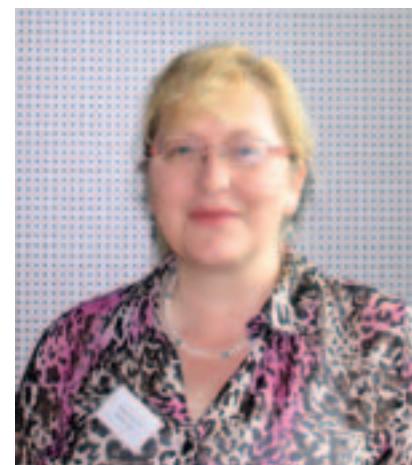
Fotos: Rada

einer „Geschlechterpolitik von oben“ gekommen. Danach wurden Frauen weitgehend gleichgestellt und erhielten stärkere Rechte. Das Patriarchat sei dadurch jedoch nicht in Frage gestellt worden. Vielmehr seien die frauenpolitischen Vorhaben der damaligen Regierungen als Instrumentalisierung von Frauenrechten zu sehen, um die eigene Legitimität nach innen und außen zu steigern. Nach der „tunesischen Revolution“ zeichne sich doch eine

Änderung ab, so Affolter. Nunmehr würden Frauen stärker für ihre Rechte eintreten.

Hohe Jugendarbeitslosigkeit bei Frauen

Der Mannheimer Ökonom und Soziologe Michael Gebel widmete sich den ökonomischen Chancen junger Frauen in Nordafrika, wobei sich seine Forschungsergebnisse auch auf den Mittleren Osten bezogen. In diesen Ländern seien Frauen – in der Gesamtsicht – beim Zugang zum Arbeitsmarkt stark benachteiligt. Daran würden auch der Rückgang der Geburtenrate und die Bildungsexpansion



Gertrud Simmert-Genedy berichtete über ihre Erfahrungen in Ägypten

nichts ändern. Bei Frauen spielt die frühe Phase des Lebenslaufs eine zentrale Rolle für die späteren Bildungschancen. So bedeute die im Vergleich zu Männern frühere Heirat deutliche Nachteile für eine spätere Erwerbstätigkeit. Im weltweiten Vergleich nimmt die Jugendarbeitslosigkeit bei den Frauen in Nordafrika einen Spitzenrang ein, sagte Gebel.

* In Zusammenarbeit mit den bayerischen Landesverbänden des Katholischen Deutschen Frauenbundes, des Deutschen Evangelischen Frauenbundes und des Deutschen Frauenrings.

Ein Beispiel für ehrenamtliches Engagement für Frauen in Nordafrika gaben Brigitte und Rainer Küppers vom Waakirchener Verein „Soziale Projekte Südmarokko e.V.“. Marokko sei historisch aufgrund seiner Lage am Atlantik stark durch den Sklaven-

tungen, die beispielsweise Frauen und ihren Kindern helfen, ohne Vater durchzukommen. Diese Frauen seien gravierenden Benachteiligungen ausgesetzt, ihnen würden sogar vielfach gar nicht die entsprechenden Papiere ausgestellt.

lamentarismus würden durch die ethnische Fragmentierung, die nur kleinen Mittelschichten sowie die Dominanz des Erdöl- und Erdgassektors erschwert. Mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt hob Opitz das für mehr Stabilität ungünstige re-



Tradition und Moderne – so unterschiedlich können Frauen in Afrika auftreten: Links eine Mursi-Frau in Äthiopien mit ihren charakteristischen Tellerlippen, rechts die ägyptische Bürgerberichtserstatterin Gigi Ibrahim in Kairo

Fotos: Al Jazeera

handel geprägt worden. Es unterscheidet sich von anderen Staaten Nordafrikas auch dadurch, dass es über Demonstrationen hinaus zu keiner Revolution gekommen sei. Der Verein widmet sich generell kleineren Einrich-

Anja Opitz, an der Akademie für Themen der Internationalen Politik zuständig, erläuterte die Herausforderungen für die weiteren Transformationsprozesse in Nordafrika. Wandlungen zu mehr Demokratie und Par-

tionale Umfeld hervor. Insgesamt fehlten viele wichtige Anreize zu politisch-wirtschaftlicher Liberalisierung und demokratischer Konsolidierung. ■

Gero Kellermann

Neubesetzung des Beirats der Akademie

Nach dem Ende der 13. Wahlperiode sind folgende Beiratsmitglieder ausgeschieden: der bisherige Vorsitzende K. Heinz Eisfeld (Erwachsenenbildung), Liselotte Feller (Frauenverbände), Sigrid Friedl-Lausenmeyer (FDP), Norbert Kraxenberger (Kommunale Spitzenverbände), Thomas Morawski (Bayer. Journalisten-Verband), Dr. Reinhard Möstl (Industrie- und Handelskammer), Stefan Müller MdB (Ring politischer Jugend), Jürgen Pache (Lehrerverbände) und Berthold Rüth MdL (CSU).

Wir danken allen ehemaligen Mitgliedern – insbesondere dem langjährigen Vorsitzenden Eisfeld – für ihre konstruktive Begleitung der Akademie und ihre zahlreichen Denkanstöße für unsere Arbeit.

Neu im Beirat sind: Karin Albsteiger MdB (Ring politischer Jugend), Dr. Jürgen Busse (Kommunale Spitzenverbände), Peter Driessen (Industrie- und Handelskammer), Robert Günthner (Gewerkschaften), Prof. Dr. Klaus Meisel (Erwachsenenbildung), Linda Paquet (Frauenverbände), Dr. Hilde Stadler (Bayer. Journalisten-Verband), Walter Taubeneder MdL (CSU), Jürgen Wunderlich (Lehrerverbände) und Anna Zisler (Israelitische Kultusgemeinde).

Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit und die zukünftigen Impulse aus dem Beirat.

Kritische Experten oder Wichtigtuer?

Vor 50 Jahren: Tagung für Leserbriefschreiber

Die Tagung mit Verfassern politischer Leserbriefe im Juli 1963 war ein durchschlagender Erfolg. Die Akademie hatte ein Experiment gewagt, dessen Gelingen bei der heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmer keineswegs als sicher gelten konnte.

Zuvor waren die Leserbriefseiten der großen Tages- und Wochenzeitungen systematisch ausgewertet worden. Es stellte sich heraus, dass die Bereitschaft zu dieser Art persönlicher Stellungnahme über die Zeit stetig angestiegen war. Aus vielen Zuschriften trat die Sorge um den Bestand der freiheitlich-demokratischen Ordnung hervor. Deshalb wurden Leserbriefschreiber aus Bayern zu einem zweitägigen Gespräch nach Tutzing eingeladen. Das Programm stieß auf derart starke Resonanz, dass eine Vielzahl von Anmeldungen nicht berücksichtigt werden konnte.

Die Akademie betrat damit völliges Neuland. Es war der Versuch, sich einer bisher vernachlässigten Gruppe von engagierten Staatsbürgern zu öffnen. Dazu kamen bayerische Politiker und verantwortliche Redakteure von Zeitungen.

Den Leserbriefschreibern wurde Gelegenheit gegeben, sich mit den Redakteuren über diese unmittelbare Form politischer Meinungsäußerung, die dahinterstehenden Motivlagen, den politischen Wirkungsgrad sowie mögliche Auswirkungen auf Betroffene und Leser auszutauschen.

Amateure und Profis

Unter den rund 50 eingeladenen Verfassern von Leserbriefen waren Ärzte und Arbeiter, Rentner und Beamte, Polizisten und Juristen, Wissenschaftler und Studenten, Lehrer und kaufmännische Angestellte sowie auch ein Geistlicher. Es zeigte sich, dass sie grob in zwei Gruppen zerfielen: zum einen die „Amateure“, die einmal bei einer sie besonders bewegenden An-

gelegenheit zur Feder gegriffen hatten; zum anderen die „Profis“, die ihr Metier über alle Sparten der öffentlichen Angelegenheiten hinweg ausübten und zu beherrschen glaubten. Teils erschienen sie mit voluminösen Sammlungen ihrer fein säuberlich dokumentierten Zuschriften.

Besonders lebhaft verlief die vom SZ-Redakteur Wilhelm E. Süskind moderierte Diskussion mit den für die Leserbriefspalten verantwortlichen Redakteuren von *Süddeutscher Zeitung* und *Münchener Merkur*. An einer Fülle von

Beispielen aus ihrem Arbeitsalltag legten sie dar, wie sie den Motiven für die Einsendungen nachspüren und ihre Auswahl zum Nutzen des Themas, im Interesse der gesamten Leserschaft und in Verantwortung vor dem öffentlichen Auftrag ihrer Presseorgane treffen.

Aus dem abschließenden Podiumsgespräch ging hervor, dass vor allem die Vertreter der Legislative im politischen Leserbrief einen notwendigen ergänzenden Faktor bei ihrer Meinungsbildung erblickten, ihn bisweilen gar zum Ausgangspunkt eigener politischer Initiativen machten. Trotz des Erfolges hat diese – auch in den Medien stark beachtete Veranstaltung – bislang keine Wiederauflage erfahren. ■

Steffen H. Elsner

Auszug aus der Korrespondenz zur Tagung:

„Sehr geehrter Herr Messerschmid!

Es ist ein Witz, über den ich herzlich gelacht habe, dass Sie ausgerechnet mich, dessen Leserbriefe niemand mehr druckt, zu einer Tagung von Leserbrief-Schreibern einladen.

Aber nicht nur die Zeitungen und Zeitschriften lehnen mich ab. Die Evangelische Akademie in Tutzing schickt mir schon lange keine Einladungen mehr zu. Und wenn ich bei ihr das Programm einer Tagung anfordere, um mich dazu eventuell anmelden zu können, dann bleibt meine Bitte unbeantwortet. Die „Obermenzinger Gespräche“, von denen im Laufe von nicht ganz sechseinhalb Jahren 159 stattgefunden haben, hat man mir zerschlagen.

Was wollen Sie mit einem so hoffnungslosen Fall wie mir? Wollen Sie mich etwa als Demonstrationsobjekt benutzen, wohin es mit einem Menschen kommen kann, der ganz un-

bekümmert das sagt, was er denkt? Oder wollen Sie an meinem Fall demonstrieren, dass in unserem Wirtschaftswunderland einzig und allein die Möglichkeiten, die Meinungsfreiheit zu beschränken, unbeschränkt sind? Nun, wenn Sie trotzdem Ihre freundliche Einladung aufrecht erhalten sollten, nehme ich sie dankend an. Ihre Freundschaft muss ich als Kleinrentner in Anspruch nehmen. Dagegen möchte ich nicht, dass Sie mir die Bahnfahrt zahlen. Wenn das Wetter es irgend erlaubt, werde ich mit dem Rad kommen. (...)

Ich bin Ihnen nicht böse, wenn Sie auf diesen Brief hin Ihre freundliche Einladung zurückziehen. Opposition ist immer gut, nur darf sie nicht in wirkliche Meinungsfreiheit ausarten. So war es im Kaiserreich und so ist es heute noch.

Mit freundlichen Grüßen (...)

STRAUBINGER TAGBLATT vom 1. Juli 2013:

Bürger sollten sich „mehr entfalten“ dürfen

... Der Passauer Tetralog gehört seit nunmehr 16 Jahren als fester Programmfpunkt zu den Festspielen. Der Tetralog wird von der Akademie für Politische Bildung Tutzing in Zusammenarbeit mit den Festspielen und der Universität Passau veranstaltet. Die Leitung hat Professor Heinrich Oberreuter, Präsident des Kuratoriums der Europäischen Wochen und Emeritus der Universität. Zu Gast waren heuer unter dem Motto „Zu neuen Horizonten – Politik jenseits des Wahljahres“ Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Präsident des American Institute for Contemporary German Studies, Dr. Jackson Janes, die Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Professorin Ursula Münch, sowie der Autor und Publizist Ulrich Schacht.

Oberreuter moderierte in gewohnt lockerer Weise und prophezeite Angela Merkel als die nächste Kanzlerin und

Horst Seehofer als nächsten Ministerpräsidenten. Wie sieht es mit dem Vertrauen in die Politik aus, wie kann sich der Bürger noch mehr einbringen? Auch mit diesen Fragen beschäftigte sich die Gesprächsrunde. Aktuelle Wahlprogramme der Parteien steuerten immer mehr auf soziale Versorgung zu und in der Gesellschaft vollziehen sich tiefe Umbrüche, so Oberreuter.

„Wieviel trauen wir den Bürgern selbst zu“, fragte Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Es müsse nicht alles mit der schützenden Hand des Staates den Bürgern an die Seite gegeben werden. In vielen Entscheidungen lassen die Parteien den Bürger „sich nicht so sehr entfalten“, mahnte die Ministerin.

„Man braucht sich nicht zu wundern, dass die Bürger nicht mehr wählen gehen, wenn man keine Themen wählt, die die Bürger interessieren“, betonte

Münch. Nationale Politiker seien in ihrem Handeln oft „beschränkt“, weil Themen häufig auf europäischer Ebene entschieden werden. „Die können gar nicht mehr so viel regeln, wie sie früher konnten“, das denken Bürger über Politik, so Münch weiter. Diejenigen, die man wähle, hätten gar nicht mehr so viel Gestaltungsspielraum aufgrund von Europäisierung und Globalisierung.

Janes erklärte, dass man sich in der Politik fragen müsse, was muss man bieten, dass der Bürger das Gefühl hat „ich habe die Wahl“. In Deutschland seien sich die meisten Parteien völlig einig über den Euro. „Haben die Leute da keine Wahl?“ fragte Janes kritisch nach. Dasselbe gelte für Amerika. „Wir haben aufgrund des Systems nur zwei Parteien“. Und genau da liege seiner Meinung nach das demokratische Defizit. ...

Christine Pierach in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 1. Juli 2013:

Warnung vor der „Entpolitisierung der Politik“

Über „zu neuen Horizonten: Politik jenseits des Wahljahres“ haben anerkannte Polit-Experten beim 16. Passauer Tetralog am Sonntag in der Universität Passau ihre Meinung ausgetauscht. Freiheit und Privatsphäre, der nationale und internationale Einfluss der deutschen Politiker und die Sicht Amerikas auf Europa standen im Zentrum der Podiumsdiskussion vor rund 100 Zuhörern. ...

... Souverän grenzte Parteien-Forscher Oberreuter das weite Thema gleich ein, zählte als Hauptaspekte auf die Möglichkeiten nationaler Politik nach innen und außen samt des Disputs der Bestandswahrer und der Zukunftsbefürworter auch zum Stand der Einigung Europas, den Schutz des Individuums und die Außensicht auf Europa.

Für Leutheusser-Schnarrenberger steht für alle Politiker im Vordergrund die Abwägung, „wie viel trauen wir den Bürgern zu, selbst in die Hand zu nehmen, wo sind Möglichkeiten ihrer Teilhabe, wo stehen wir ihnen mit schützender Hand zur Seite?“ Unanastbar bleibe für sie die Privatsphäre: „Der Schutz persönlicher Daten ist unverzichtbar. Da bin ich Bestandswahrer.“ Die Justizministerin bekannte aus 23 Jahren Bundestags erfahrung aber auch „die Begrenztheit dessen, was ein Nationalstaat mit seinen demokratischen Strukturen, was ein nationaler Politiker über die nationalen Grenzen hinaus wirkungsvoll entscheiden kann. Ohne Stärkung des Europäischen Parlaments wird es nicht gehen.“

Ursula Münch pflichtete bei, dass „Privatheit eines der ganz großen Themen ist, das so leicht nicht abgeräumt werden kann, auch nicht im europäischen und transatlantischen Diskurs.“ Münch hat eben wegen des begrenzten internationalen Handlungsspielraums eine Themenverschiebung beobachtet: Bundespolitiker verschrieben sich „einer Politik des Kümmerns, die früher Sache des Landes-, eher der Kommunalpolitiker war. Man kümmert sich um Kleinteiliges, weil man das Große nicht behandeln möchte“. Mit „Damit vergibt man die Chance, sich zu positionieren“, warnte Münch vor einer „Entthematisierung der nationalen Politik. Das ist eine Entpolitisierung der Politik und Demotivation für den Bürger.“...

In: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/rezensionen_659.html

Der von Michael Spieker herausgegebene Sammelband „Der Sozialstaat“ vereint die Darstellung sozialstaatlicher Fundamente mit der Frage nach ihrer Begründung. Dabei wird herausgestellt, auf welche Weise sozialstaatliche Prinzipien in Frage gestellt und im Zug von Reformmaßnahmen „leichtfertig durch unreflektierte Vorstellungen ersetzt“ werden.

Unter der Überschrift „Grundlegungen“ wird in dem in zwei Abschnitte gegliedertem Band zunächst erörtert, welches Verständnis von Individuum, Gesellschaft und Institutionen zur Wohlfahrtsstaatlichkeit führt. Um der Vielfalt von sozialstaatlichen Begründungen Rechnung zu tragen, findet sich an dieser Stelle eine breite Zusammenstellung von Beiträgen verschiedener Disziplinen, die unterschiedliche Zugänge zu Grunde legen. So werden den Texten der Politikwissenschaftler Knoll um Nullmeier ein theologischer Aufsatz zu den konfessionellen Wurzeln des Sozialstaats (Vogt) und eine rechtswissenschaftliche Betrachtung des Grundgesetzes (Gröschner) zur Seite gestellt, und durch eine Skizze der soziologischen Begründungslinien Moral, Gerechtigkeit und Inklusion (Fuchs-Goldschmidt) ergänzt.

Thielemanns wirtschaftsethischer Beitrag zur „Verteilungsfrage als Fairness und Zurückerobierung der Idee der sozialen Marktwirtschaft“ schließt den ersten Teil des Sammelbandes ab. Insgesamt liest sich der Abschnitt als gelungene Zusammenstellung, die durch den interdisziplinären Zugang überzeugt. Dabei richten sich die Ausführungen zwar an ein Publikum, das sich grundlegend informieren möchte, so dass sich die Autoren gelungen um eine nachvollziehbare Argumentation bemühen. Thematische Neueinsteiger sind allerdings mit der ergänzenden Originallektüre der teilweise sekundäranalytisch besprochenen (theoretischen) Konzepte (Rawls, Forst, Honneth) gut beraten.

Unter der Überschrift „Entwicklungen und Herausforderungen“ wird im zweiten Teil des Sammelbandes analysiert, welche Veränderungen in den (Politik-)Feldern Rente, Arbeitsmarkt, Armut, Familie und Demografie zu konstatieren sind, bevor abschließend das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat (Müller) sowie die Möglichkeiten und

Michael Spieker (Hrsg.)
Der Sozialstaat
Fundamente und Reformkurse
(Tutzinger Studien zur Politik)
Nomos, Baden-Baden 2013, 305 S.
ISBN 978-3-8329-7215-8

Grenzen des ehrenamtlichen Engagements (Wegner) beleuchtet werden. Den Auftakt liefert Brettschneiders Auseinandersetzung mit Veränderungen und ihrer Legitimation im Alterssicherungssystem. Dabei gibt der Autor einen kenntnisreichen, detaillierten und spannenden Überblick über die Reformdiskurse der letzten beiden Dekaden und liefert so einen gleichsam überzeugenden wie lesenswerten Beitrag zu den Entwicklungen der Alterssicherungspolitik. Auch die sich anschließenden Artikel zur Prekarität von Arbeit und Bildung (Kraemer), Grundsicherungsmodellen (Hauser) und Familienpolitik (Münch) sind zur Lektüre zu empfehlen.

Die sich diesen Beiträgen anschließende Diskussion des demografischen Wandels und seiner Folgen für die sozialen Sicherungssysteme (Stefanie Wahl) kann hingegen nicht überzeugen. Hier präsentiert die Autorin eine lange Reihe unreflektiert aufgelisteter Daten, deren Quelle (und Validität) dem Leser vorenthalten bleibt, um sie schließlich zu einer kaum nachzuvollziehenden Argumentation zu verdichten. Dabei verzichtet die Autorin (mit Ausnahme einiger Schaubilder) durchgängig auf die Angabe von Quellen, so dass es nur konsequent erscheint, dass sich dem Beitrag erst gar kein Literaturverzeichnis anschließt. Offensichtlich hat Wahl die referierten Daten zur demografischen Entwicklung selber erfunden. Wer sich dennoch bis zum Ende des Aufsatzes vorkämpft, darf sich freuen, wenn er nach dem Umblättern den fett gedruckten Titel der nächsten Beitrags liest: Die Bedrohung des Sozialstaates durch Meinungsmache (Müller).

Fazit: Der Herausgeber hat Humor. Insgesamt gibt Spieker eine interessante Zusammenstellung heraus, die kontrovers angelegt ist und interessante Aspekte der Sozialstaatsdebatte herausarbeitet. Bis auf eine Ausnahme: Empfehlenswert.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

2-1* 7. – 9. Januar

Tutzinger Schülerforum: Wie klingt Geschichte?

Konzepte für den Jugend-Audioguide des NS-Dokumentationszentrums München

Workshop für Jugendliche in Zusammenarbeit mit der Stiftung

Zuhören und dem NS-Dokumentationszentrum München

Leitung: Michael Schröder / Elisabeth Utz / Winfried Nerdingen

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-3* 13. – 15. Januar

Tutzinger Schülerforum: Strategien gegen alltäglichen Rassismus

In Zusammenarbeit mit der Initiative „Schule ohne Rassismus –

Schule mit Courage“ und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Michael Schröder / Michael Schneider-Koenig / Suzan Kozak

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-2 15. – 17. Januar

Ethikberatung in der Politik

In Kooperation mit dem Bayerischen Zentrum für Politische Theorie

Leitung: Michael Spieker / Clemens Kauffmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

3-4* 15. – 17. Januar

Internationale Politik auf dem Prüfstand

In Kooperation mit der Sanitätsakademie der Bundeswehr

Leitung: Anja Opitz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

3-5 16. Januar

Fragen an Europa: Europa auf Wanderschaft – Bedrohung oder Chance?

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, der Europäischen Akademie Bayern und der

Vertretung der Europäischen Kommission in München

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina / Monika Franz / Birgit Schmitz-Lenders / Peter Martin

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung in Bamberg

4-1* 20. – 24. Januar

Der Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

4-2* 20. – 24. Januar

Inklusion in der Schule

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Barbara Keppeler

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

5-3* 27. – 30. Januar

Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

5-2* 29. – 30. Januar

Agrarpolitik – Subventionen im Verbraucherinteresse?

In Zusammenarbeit mit dem VerbraucherService Bayern im KDFB e.V.
Tagungsleitung: Wolfgang Quaisser / Annegret Hager
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

F e b r u a r

6-1* 3. – 5. Februar

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union
Leitung: Robert Lohmann / Michael Mayer
Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

6-3* 3. – 6. Februar

Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
Außenveranstaltung in Abensberg

7-4* 10. – 11. Februar

Tutzinger Schülerakademie: EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union
In Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet-Lehrstuhl
für Europäische Politik der Universität Passau
Leitung: Ondrej Kalina / Robert Lohmann / Daniel Göler
Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44
Außenveranstaltung in Passau

7-1* 10. – 14. Februar

1914 in der europäischen Geschichte

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

7-3 11. – 12. Februar

Tutzinger Journalistenakademie: Alles, was Recht ist!

Juristisches Rüstzeug für die journalistische Praxis
Leitung: Michael Schröder / Johanna Onischke
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

7-2 14. – 16. Februar

Das Europäische Parlament – Funktionswandel und Aufgabenprofile 2014 bis 2019

In Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck

Leitung: Ondrej Kalina / Anja Opitz / Andreas Maurer

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

8-1* 17. – 21. Februar

Fakultas Sozialkunde: Politische Theorie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

6. Sequenz / 2. Lehrgang

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

8-2* 17. – 20. Februar

Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region

Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Außenveranstaltung in Neuendettelsau

8-3* 21. – 23. Februar

Armed Forces, Security, and State Violence

Leitung: Michael Mayer / Michaela Hampf

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

9-1* 24. – 26. Februar

Tutzinger Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

Leitung: Robert Lohmann / Gero Kellermann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

9-2 28. Februar – 1. März

Religion, Krieg und Frieden

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Renate Heinz

(Sekretariat der Direktorin)

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Alexandra Tatum-Nickolay

A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de

Simone Zschiegner

S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch wirkte im Rahmen der Regionalkonferenz der CDU Nordrhein-Westfalen an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Welche Zukunft hat Familie?“ mit und nahm im Rahmen der „DAAD-Wahlbeobachter Reise 2013“ am „Round-Table-Gespräch“ zum Thema Gleichstellung teil.

Bei einer Kooperationstagung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Hochschule für Politik „Die Parteien in Bayern im Lichte der Landtagswahl 2013“ referierte sie über „Das Parteiensystem in Bayern in bundesdeutscher und europäischer Perspektive: Tendenzen und Trends, Kontinuitäten und Wandel“.

Sie moderierte den Regionalen Unternehmertag 2013 „Wirtschaft und Wissenschaft im Fünfseenland“ des Landkreises Starnberg und hielt im Roncallihaus Tutzing einen Vortrag zum Thema „Zwischen den Wahlen. Analyse, Bewertung, Perspektive“.

Im Rahmen der Ferientagung der Evangelischen Akademie Tutzing „Welt – Raum – Mensch“ sprach sie über „Politische Räume – Arenen der Öffentlichkeit“ und vor dem Vorstand bzw. dem Wirtschaftsbeirat der Stadtsparkasse München referierte sie über „Die Gefährdung der Demokratie. Extremismen, Populisten und politische Apathie als Herausforderungen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union“.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina sprach und diskutierte in Wildbad Kreuth über „Aktuelle Herausforderungen in Europa: Auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa?“. Im Wintersemester 2013/14 gibt er als Lehrbeauftragter an der Universität Passau ein Hauptseminar zum Thema „Europäischer Parlamentarismus. 35 Jahre Direktwahl des Europäischen Parlaments“.

Dr. Gero Kellermann hielt im Gymnasium Tutzing vor einem W-Seminar einen Vortrag zum Thema „Grundlagen des Strafrechts“.

Dr. Michael Mayer hielt am Center for Advanced Holocaust Studies des United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. einen Vortrag mit dem Titel „The French Government Tackles the Jewish Question Outright – Vichy-France, the German Occupying Power and the Beginning of ‘Jewish Policy’ in Summer and Autumn 1940“. Während der 37. Konferenz der German Studies Association in Denver, Colorado, sprach er über das Thema „We Have a Mutual Understanding on this Really Cardinal Issue – France, the Soviet Union and the German Question 1989/90“. Außerdem hielt er einen Vortrag an der Arizona State University in Phoenix, Arizona, zur „Racial Legislation in Vichy-France“.

Dr. Anja Opitz referierte zum Thema „The Cold-War-Autopilot – Or why the resolute pragmatism of the European German foreign policy contradicts its real change“ auf der 37th Annual Conference der German Studies Association in Denver, Colorado. In Belgrad hielt sie einen Vortrag zum Thema „CSDP task catalogue and missions/operations“. Im Wintersemester gibt sie ein Proseminar zu den Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb der EU-Institutionen und ein Seminar zur Thematik „EU External Governance“ an der Universität Innsbruck.

Dr. Thomas Schölderle hielt in Fellbach einen Vortrag zum Thema „Pfade Utopias. Thomas Morus und die Geschichte der Utopie“. Im Wintersemester 2013/14 bietet er eine Lehrveranstaltung unter dem Titel „Philosophisch-Politisches Propädeutikum“ an der Hochschule für Politik München an.

Dr. Michael Schröder sprach im Goethe-Institut München über aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Probleme Deutschlands nach der Bundestagswahl.

Dr. Michael Spieker sprach in Achatswies über „Die politische Bedeutung der antiken Ästhetik“. Im Wintersemester hält er an der Katholischen Stiftungsfachhochschule Benediktbeuern und an der Universität Freiburg Lehraufträge über „Inklusion: Begriff und Realität“ ab.